

## Betterleuchten in Havanna.

So ruhig, so leidenschaftlos und beschaulich bis jetzt die Verhandlungen des 6. panamerikanischen Kongresses in Havanna waren, so plötzlich und temperamentvoll scheinen sie sich jetzt, da die Sitzungen sich ihrem Ende nähern, in ihr Gegenteil zu verhalten. In den ersten Tagen der Aussprache klappte die Regie Washingtons vorzüglich. Die Reden, die noch bis zum Ende der vorigen Woche gehalten wurden, waren ebenso inhaltslos und nichtssagend, wie dies auch die Eröffnungsrede des Herrn Coolidge unbestritten war. Mit keinem Wort ging irgend einer der Wortführer der lateinamerikanischen Delegationen auf ein Thema ein, das unter Umständen den Nordamerikanern hätte peinlich sein können — kurz und gut, es sah noch vor zwei Tagen so aus, als ob der 6. panamerikanische Kongress in Havanna auslaufen würde wie das Hornberger Schiefen. Ganz urplötzlich hat sich in den Verhandlungen des letzten Sonnabends eine recht spürbare Spannung ausgedrückt. Diese neue Stimmung auf dem panamerikanischen Kongress ist Washington nicht günstig gestimmt. Wenn man die Untergründe dieser neuen Stimmung nachprüft, so wird man festzustellen haben, daß sie sich weniger aus rein sachlichen Meinungsunterschieden ergeben, als mehr und wohl in der Hauptsache aus einem Willen der Abwehr der südamerikanischen Nationen gegen die bisherige scheinliche Bevormundung des Kongresses durch die Regie Washingtons. Diese Abwehr-Tendenz latein-Amerikas gegen die nordamerikanische Union verdient eine um so ernstere Beachtung, als sie nicht nur von den kleineren Staaten Süd-Amerikas, sondern auch von Mexiko getragen wird, eine Tatsache, die erstaunlich ist, weil noch unmittelbar vor dem Zusammentreten des pan-amerikanischen Kongresses eine endgültige Einigung zwischen Washington und Mexiko im Konflikt zustande kam.

Diese Abwehrtendenzen latein-Amerikas finden ihren Niederschlag in bestimmten Anträgen und Vorschlägen der Ausschüsse, die deutlicher als alles andere die großen Gegensätze bloßlegen. So hat unter anderem die mexikanische Delegation im Ausschuss für die Abänderung der Statuten der Panamerikanischen Union einen Vorschlag überreicht, nach dem die Vorstände dieser Union, die bisher stets die jeweiligen Außenminister Nordamerikas stellten, von nun an in alphabetischer Reihenfolge wechseln müßten. Dieser Antrag allein stellt schon einen ziemlich heftigen Vorstoß gegen Washington dar, dessen Betontheit noch deutlicher wird, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die mexikanische Delegation jetzt auch in offener Opposition gegen die amerikanischen Anträge eintritt. Der amerikanische Gesandte in Mexiko, Morrow, ist zwar unerschrocken nach Mexiko gereist, vermutlich um dort im Sinne Washingtons bei dem Präsidenten Calles zu intervenieren. Aber da kaum anzunehmen ist, daß die mexikanische Delegation ohne Instruktionen ihrer Regierung handelte, so ist auch nicht zu erwarten, daß Morrow in Mexiko noch vor dem Ende des Kongresses etwas erreichen wird. Zu diesem Gange Mexikos in Havanna gesellt sich nunmehr auch ein Beschluß des Völkerrechts-Ausschusses, in dem grundsätzlich festgestellt wird, daß kein Staat sich in die inneren Verhältnisse eines anderen einmischen dürfe. Auch diese Resolution richtet ihre Spitze nur gegen Washington. Die Nicaragua-Angelegenheit ist zwar offiziell in einer der Vollsitzungen des Kongresses noch nicht zur Sprache gekommen. Aber sie wurde im Zusammenhang mit anderen Dingen bereits von verschiedenen Rednern angeschnitten, und zwar in einer Weise, die es dem nordamerikanischen Delegierten Hughes zur Notwendigkeit machte, die Interventionspolitik Washingtons zu verteidigen. Symptomatisch für die gereizte Stimmung des Kongresses ist die Tatsache, daß die Behauptung Hughes, die Politik Washingtons sei nur von Idealismus geleitet, den einmütigen und stärksten Widerspruch der Versammlung fand. Man erzieht also, daß im Augenblick die Situation auf dem Kongress in Havanna Jundstoffe enthält, die ernsthaftest Komplikationen noch verwirklichen könnten.

Nimmt man auch so eine einheitliche und recht spürbare Abwehrtendenz der lateinamerikanischen Nationen in Havanna zur Kenntnis, so bleibt immerhin noch die Frage zu klären, ob diese Abwehr Südamerikas genügend tatsächliche Kraft und Macht besitzt, um sich Geltung zu verschaffen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Haltung der südamerikanischen Staaten von London stark beeinflusst war. Diese moralische Unterstützung dürfte ihr den Antrieb gegeben haben. Aber schließlich ist es mit einem Antriebe allein nicht getan. Ein Abwehrwille hat nur dann einen Sinn, wenn hinter dieser Abwehr auch ein starkes Quantum von positiver Macht, Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit stehen. Besitzen die lateinamerikanischen Staaten in ihrer Abwehr des Einflusses Washingtons diese unumgänglich notwendige Macht und Handlungsfreiheit? Einige Tatsachen werden verständlich machen, daß dies nicht der Fall ist. Aus den offiziellen statistischen Angaben ist zu entnehmen, daß die Gesamtsumme der von Nordamerika in den lateinamerikanischen Staaten investierten Kapitalien gegenüber der Vorkriegszeit um das Fünffache gestiegen ist. Fast der gesamte Import und Export Südamerikas wird von der Wirtschaftskraft Nordamerikas beeinflusst. Kaum sämtliche Bergwerke Boliviens, fast die gesamte Petroleumindustrie Venezuelas befinden sich in den Händen von nordamerikanischen Wirtschaftsgruppen. Die Verschuldung Südamerikas an die nordamerikanische Union ist somit enorm. Diese Abhängigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet kann nicht auf politischem Gebiet eine Unabhängigkeit des Gan-

## Fortsetzung der Statberatungen im Reichstag.

1924, Berlin, den 22. Januar, 15 Uhr.

### Die allgemeine Aussprache über den Etat für 1924

wird fortgesetzt.

Abg. Siedler (Komm.) beantragt, einen Antrag seiner Freunde mit zur Beratung zu stellen, wonach der Bericht des Sparkommissars Gaemlich über die Hochverschuldung dem Reichstag zugänglich gemacht werden soll. Der Mitberatung dieses Antrages wird widersprochen. Präsidium: Abg. erklärt, diese Angelegenheit werde ohnehin noch zur Sprache kommen, weil durch einen Nachtragset die dem Reich aus der Hochverschuldung entstehenden Kosten vom Reichstag angefordert werden müßten.

### Abg. Seifert (D.D.F.)

fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentralantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Machtwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Mit so kleinen Mitteln werde man die Aufwertung der Volkswirtschaft nicht zurückdrängen können. Der Redner fragt nach dem Inhalt des vorgeschlagenen Reformverfahrens-Gesetzes und dem notwendigen Hilfsorgane-Gesetz für die Inflationskörper. Er hält eine höhere Aufsicht als gegenwärtig für möglich.

### Herrn Abg. Wolke (Komm.)

bezeichnet den Bürgerhaushalt als die Frucht der sozialdemokratischen Politik von 1918. Bevering habe sich schon an den Bürgerhaushalt angelehnt. Wenn man der sozialdemokratischen Presse glauben könnte, wäre Groener bereits Mitglied der SPD, und Hindenburg würde bald folgen. Tschann habe wie ein schlechter Sozialdemokrat geredet. Im Gegensatz zu den offiziellen Scheincommuniqués werden die linken Kommunisten an dem Sturz dieser bürgerlichen Gesellschaft arbeiten. Die Reichswehr könne nicht reformiert, sie müsse radikal aufgelöst werden.

### Reichsfinanzminister Dr. Köhler:

Der Etat hat von allen Seiten eine scharfe Beurteilung erfahren. Alle Finanzminister der Nachkriegszeit sind nicht gerade mit Anerkennung verhaßt worden. Jetzt ist die uns gewohnte Erholungsperiode vorüber und es beginnt das Normaljahr der Dames-Belastung. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Aufbauarbeit liegt aber noch in den Kinderschuhen und viele Probleme sind ungelöst. Man könne fragen, warum sie nicht in Angriff genommen wurden, als Deutschland noch volle Kräfte hatte; aber solche rückwärtigen Betrachtungen haben wenig Wert. Man hat mich wegen meiner pessimistischen Beurteilung der Finanzlage in meiner vorjährigen Eröffnungsrede getadelt. Damals haben aber die sozialdemokratischen Finanzfachverständigen Dr. Ferk und Reil die Lage noch dunkler gesehen: Ich befand mich also in recht guter Gesellschaft.

An der verpackten Beratung des Etats trägt nicht die Reichsregierung die Schuld, sondern der Reichstag. Die scharfe Kritik, die hier an meinen Schätzungen geübt worden ist, kann ich nicht als berechtigt anerkennen; ich werde darüber im Ausschuss nähere Aufklärung geben. Unter den heutigen Umständen darf nicht ein Etat aufgestellt werden, der am Schluß mit großen Ueberschüssen endet. Wir müssen auch von dem ungeordneten System des Nachtragsetats abkommen.

Den Gegenstand berechtigter Kritik hat der außerordentliche Etat gebildet. Er bereitet auch der Regierung die größte Sorge. Es ist aber ein Irrtum, daß an die Reichsbahn ein neues Darlehen von 20 Millionen gegeben werden soll. Tatsächlich soll ein in Aussicht gestelltes Darlehen nicht gegeben werden. Ich muß an der Fortsetzung festhalten, daß die außerordentlichen Ausgaben gedeckelt werden müssen. Trotz der Kritik an der angeblich zu optimistischen Schätzung der Einnahmen hat leider kaum einer der Kritiker Abträge bei den Ausgaben verlangt. Im Gegenteil sind von denselben Kritikern Forderungen gestellt worden, die neue Ausgaben hervorgerufen müßten. Ein solches System ist unmöglich. Wir können nicht einen offenen Defizit-Etat aufstellen. Wer neue Ausgaben verlangt, muß auch Vorschläge zur Deckung machen.

Das Steuererleichterungsgesetz wird jetzt vom Reichstag durchberaten. Die Reichsregierung hat seine Verabschiedung in keiner Weise verzögert. Ueber die Aufstellung des Etats für 1924 sind auch wir in Sorge. In der Frage der Verwaltungs- und Verfassungsdrehscheibe hat man der Regierung Führerschaft vorgeworfen.

Wenn wir in dem Ergebnis der Länderkonferenz einen Fortschritt sehen, so befinden wir uns bei diesem Urteil in Übereinstimmung mit der Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten Braun. Das schrittweise Drängen des Abg. Dr. Groener nach dem Einheitsstaat scheint in seiner eigenen Partei nicht überall geteilt zu werden. Zwei Tage nach seiner Rede habe ich Ausführungen seines Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz gelesen, die wesentlich ruhiger klangen. Der Führer der Deutschen Volkswirtschaft in Baden, Abg. Dr. Matthes, hat vor kurzem die Meinung vertreten, daß aus wirtschaftlichen Gründen der Föderalismus hochgehalten werden müsse (Hört! Hört!).

Ueber die Verwaltungsreform, die von allen Seiten gefordert wird, dürfen wir nicht warten, bis das Verhältnis von Reich und Ländern neu geregelt ist. Ich hoffe, daß die von der Länderkonferenz eingehenden Ratschläge fruchtbringende Arbeit leisten werden.

### Abg. Reil (Komm.)

meint, der bisherige Verlauf der Debatte habe einen ebenbürtigen wie lehrreichen Einblick in das „traurige und harmonische Familienleben“ des Regierungsblochs gewährt. Der beste Kenner der Regierungsparteien habe der Regierung und namentlich dem Reichsinnenminister den Mangel an Führung an der wichtigsten innenpolitischen Frage bezeugt. Andererseits habe der berufene Vertreter der mittelständischen Regierungspartei heftige Anfragen an den Reichsminister gestellt und den Innenminister über seine Pflichten gegenüber dem Reichstag belehrt. Bezeichnend sei die Tatsache, daß die „Kreuz-Zeitung“ Herrn v. Guérard vorwirft,

dehns gewährt. Das Gegenteil ist der Fall. Voraus man die Annahme schöpfen kann, daß die augenblicklichen Abwehrtendenzen auf der Konferenz in Havanna in dem Augenblick verpuffen werden, wo die gewaltige Wirtschaftskraft Nordamerikas sich in einem politischen Zwang offenbart. Das endgültige Ergebnis des panamerikanischen Kongresses in Havanna dürfte sich dem ehernen Gesetz dieser Tatsache nicht entziehen können.

### Die Divisionskommandeure bei Groener.

X Berlin, Reichswehrminister Groener wird, wie verlautet, in den nächsten Tagen die zehn Divisionskommandeure der Reichswehr nach Berlin beordern, um mit ihnen eine Reihe von schwebenden militärischen Fragen zu besprechen.

er habe die Kooperationsfähigkeit der Partner einer harten Belastungsprobe unterzogen. Zweifelhaft sei freilich, ob die Deutschnationalen, wie die „Kreuz-Zeitung“ anknüpft, prüfen würden, ob Ansehen und Würde ihrer Fraktion beratliche Belastungsproben noch lange ertragen werde. So oft noch Ansehen und Würde der Deutschnationalen mit ihrem Drang zu den Höchstständen des Regierungssitzes in Wettbewerb traten, habe kein dieser Drang den Sieg davongetragen. (Beif. Zustimmung links.)

Der Redner befragt dann die Länderkonferenz, die durch ihren unfruchtbaren Verlauf allgemein enttäuscht habe. Der Redner erklärt zu dem vorliegenden Etat, er könne sich im wesentlichen der Kritik des Abg. Dr. Groener anschließen. Wenn der Reichsminister die Angaben der Presse über die üble Hochverschuldung bestätigen mußte, so bleibe nur die Frage, wie es möglich war, daß so lange Zeit die ausstehenden Pressenmeldungen in ganz unabweisbarer Weise von der Regierung dementiert wurden. Berechtigt sei die Frage, wieviel Millionen noch in versteckten Ecken des Reichswehrministeriums liegen, um gelegentlich für illegale Zwecke verwendet zu werden. Bei der Erklärung des Reichsfinanzministers zu dem Widerspruch Preußens auf den Posten im Verwaltungsrat der Reichsbahn bot er das Bild des Greises, der sich nicht zu helfen weiß. Warum hatte er nicht den Mut, Herrn Dr. Luther mitzutellen, daß seine Ernennung auf Grund eines rechtlichen Irrtums erfolgt sei, und warum ersuchte er ihn nicht, deswegen von seinem Amt zurückzutreten? (Beif. Zustimmung links u. l. Str.) Der Reichsinnenminister v. Reudell hat tatsächlich bei seiner Neuerung in der preussischen Versammlung jenes Maß von Achtung vor der deutschen Volkswirtschaft vernommen lassen, das man von einem Minister verlangen muß. Außenpolitisch verlangen wir eine geradlinige Fortsetzung der Verständigungspolitik, ohne die der Wiederaufbau Deutschlands unmöglich wäre.

### Abg. Dr. Lüssig (D.)

danke dem Finanzminister für sein Streben nach Sparformel. Das von dem Minister entworfen Konjunkturmodell sei aber einseitig, denn eine normale Konjunktur müsse sich auch in der Landwirtschaft widerspiegeln. Die Landwirtschaft gehe jedoch im neuen Deutschland zurück ohne ihre Schuld. Die Preußen müsse aus seiner Inflation errettet werden durch eine großzügige Devisenpolitik. Die Not der Landwirtschaft und des deutschen Ostens sei verursacht durch die furchtbare Blutenziehung infolge der großen Tribute an das Ausland, die nur aus Krediten gedeckt werden könnten. Die deutsche Zahlungsbilanz biete ein hoffnungsloses Bild, sie zeige einen Verlust von mehr als ein Viertel. Die Idee, daß wir unsere Platz an der Sonne auf dem Weltmarkt stark erweitern können, wird sich als Illusion erweisen. Auch Exportkredite werden daran wenig ändern. Dies Geld, das dem Ausland deutsche Ware billig verschaffen will, wäre nützlicher angewendet, wenn es zur Deckung der landwirtschaftlichen Räte in Deutschland verwendet würde.

Ganze Gebiete der Landwirtschaft werden von den Steuern befreit werden müssen, wie es Friedrich der Große nach dem siebenjährigen Kriege getan hat. Wir brauchen jetzt eine Sparpolitik in großem Stile.

Der Dualismus zwischen Preußen und dem Reich ist ein tiefer finanzieller Luxus, wir können uns das Gegenüberarbeiten dieser großen Verwaltungsapparate nicht leisten. Das Reich muß mit gutem Beispiel vorangehen und den Luxus der Spezialverwaltungen einsparen. Beispielweise könnten die Behörden des Arbeitsministeriums mit der Finanzverwaltung vereint werden. Auch die Länder und Gemeinden, namentlich die Gemeinden, müssen den Weg zur Sparpolitik zurückfinden. Einem rationellen Finanzvergleich zwischen Reich und Ländern steht wieder der Damespott entgegen. Solange die Tributsomme nicht fest bestimmt ist, hängt ein Damokles-Schwert über dem Haupte jedes Finanzministers.

Zur Frage der Verfassungsreform wendet sich Dr. Lüssig gegen den Unitarismus. Einheit sei auch ohne Unitarismus möglich. Der preussische Staatsgedanke müsse der Träger des Reichsgedankens werden und die Eigenstaatlichkeit der Länder müsse als wertvolles nationales Gut erhalten bleiben. Der Redner spricht dem Ernährungsminister Schiele den Dank seiner Freunde dafür aus, daß er mit großer Energie das Reformwerk des landwirtschaftlichen Kreditwesens angefaßt habe. Die Vorbereitung für die Wiederherstellung des deutschen Volkswirtschafts sei die Aufgabe des deutschen Volkes im Osten (Beif. rechts).

Der Redner weist weiter die Angriffe auf den deutschnationalen württembergischen Staatspräsidenten Daxler zurück, dessen Ausführungen auf der Länderkonferenz nicht so angelegt werden dürften, wie es hier geschehen sei. Der Vorstoß gegen Herrn v. Reudell sei fehlgegangen. Bestimmungsgenossen, wie sie die Sozialdemokraten in Frankreich hätten, hätten die Deutschnationalen dort nicht. Der Zentrumsabg. v. Guérard sei für die Behauptung, die Deutschnationalen trieben im Landtag weniger sachliche Opposition, als sie es seinerzeit im Reichstag getan hätten, den Beweis schuldig geblieben. Dem preussischen Kultusminister Dr. Becker wolle der Redner Bestimmungsgenossen gegenüber der Studentenschaft vor. Hier zeige sich, wie schnell ein Demokrat sich in einen Autokraten verwandeln könne. Herr v. Reudell habe in seinem Telegramm nur ausgesprochen, was alle deutschen Kreise empfinden.

### Abg. Schäfers-Redenburg (D.D.F.)

hält eine Revision der Dames-Gesetze für die Voraussetzung zu einem Wiederaufbau Deutschlands. Dazu scheint aber der richtige Zeitpunkt schon verpufft zu sein. Der Redner verlangt eine gründliche Umwandlung des Steuerwesens und behauptet, daß die Deutschnationalen sich jetzt mit dem Erbschaftsteuern abgefunden hätten. Die Länderkonferenz sei ein Schlag ins Wasser gewesen, ihr Ergebnis sei gleich Null.

Um 18 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, 14 Uhr, vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Fortsetzung der Debatte über die Ruhr-Einstufung und die zweite Beratung des Justiz-Etats.

## Barter Gilbert wieder in Berlin.

Berlin, (Telunion). Der Generalagent der Reparationsabteilung Barter Gilbert ist gestern, von seiner mehrwöchigen Reise nach den Vereinigten Staaten, wieder nach Berlin zurückgekehrt. Damit ist sein offizieller Aufenthalt in Deutschland, den Barter Gilbert regelmäßig in den Vereinigten Staaten verbringt, zu Ende. Die diesmalige Reise Gilberts hat jedoch deshalb ganz besondere Bedeutung, weil wichtige Besprechungen, sowohl in Washington mit der amerikanischen Regierung als auch in Paris mit der französischen Regierung, bezug auf die Reparationsabteilung und in Brüssel mit der belgischen Regierung über dringende, das Reparationsgesamtproblem angehende Fragen stattgefunden haben. Man darf deshalb wohl erwarten, daß nach der Rückkehr Gilberts nach Berlin nunmehr auch hier Besprechungen bevorstehen.